

EUROPA-WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM HERBST 1968

Was zu erwarten war — und den kritischen Beobachter daher auch nicht zu enttäuschen vermochte —, trat prompt ein: Die sechs Außenminister der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) konnten sich auf ihrer Konferenz in Brüssel am 27. September 1968 wieder einmal *nicht einigen*, weder über die vorliegenden Beitrittsanträge von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen noch über die bundesdeutschen Vermittlungsvorschläge. Und es besteht auch keine Hoffnung, daß man sich demnächst einigen werde. Die europäische Einigungspolitik ist in eine Phase totaler Stagnation getreten, dürrtlich verschleiert durch die hektische Betriebsamkeit der Europatechnokratie und durch abgestandene „politische Bekenntnisse zu Europa“, welche aber nichts an den sozioökonomischen Widersprüchen ändern, die der Gemeinschafts-„Idee“ entgegenwirken. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten treten auf, Fronten bilden sich heraus.

Die drei EWG-Fronten

Innerhalb der Gemeinschaft haben sich drei Lager gebildet, Frankreich auf der einen, Holland-Belgien-Luxemburg-Italien auf der anderen Seite, dazwischen tummelt sich die Bundesrepublik, eifrig auf Vermittlung bedacht.

Paris lehnt die „politische Ideologie“ ab, die in den Römischen Verträgen enthalten ist. Frankreich will nicht den „Ganzheitscharakter“ der Verträge akzeptieren, der in folgenden Überlegungen zum Ausdruck kommt: Eine vollendete Zoll- und Agrarunion stellt wachsende Anforderungen an die Handlungsfähigkeit der EWG und engt damit den autonomen Handlungsspielraum der nationalen Instanzen ein; *de Gaulle* aber legt Wert darauf, außenpolitisch selbständig zu handeln.

Die Unfähigkeit der Gemeinschaftspartner, eine gemeinsame Haltung zu den Beitrittsanträgen zu finden, läßt das Dilemma deutlich werden. Nicht die (vorgeblichen) Sachdivergenzen über den Vertragsinhalt blockieren die Beitrittsverhandlungen, sondern die unterschiedlichen politischen Konzeptionen, die zwischen den Sechs noch nicht ausgetragen sind. Damit aber das integrationspolitische Ziel — die Einigung eines Teils von Europa als Kern einer größeren Einheit — nicht in Frage gestellt wird, müßten die Einzelschritte, die zu diesem Ziel führen sollen, nicht nur konkretisiert, sondern auch gemacht werden. Für Pa-

ris jedoch nimmt die EWG nicht mehr den ersten Platz auf der (außen-)politischen Werteskala ein, primär gilt das französische Interesse einer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik der Großmächte — zu denen das *de Gaulle*-sche Frankreich sich rechnet — als Voraussetzung für einen dritten Weg.

Die von der EWG apostrophierte politische Einigung wird von den (französischen) „Realpolitikern“ für nicht praktikabel gehalten; die Funktion der Gemeinschaft wird von ihnen lediglich als innerökonomisch akzeptiert. Die direkte Zusammenarbeit der Partner auf wirtschaftlichem Gebiet ist für die Verwirklichung der Eigeninteressen vorteilhafter und „wirksamer“ als ein komplizierteres — politisch scheinbar unverlässliches — supranationales Vorgehen, das den eigenen Handlungsspielraum einengt. Paris ist nicht gewillt, sich in eine gegenseitige Abhängigkeit verstricken zu lassen, die dazu zwingen würde, politisch gemeinsam zu handeln. General *de Gaulle* will einen direkten Einfluß auf die Entwicklung behalten und denkt nicht daran, supranationalen Vorstellungen gegenüber der eigenen institutionellen und politischen Praxis Rechte einzuräumen.

Die *Benelux-Länder* und *Italien* dagegen wollen möglichst rasch zu einer europäischen Zusammenarbeit gelangen, die über die wirtschaftliche Integration hinausgeht. Sie verlangen eine Harmonisierung der Außen- und Verteidigungspolitik, der Technologie und Währungspolitik — „im Interesse auch Frankreichs, sogar notfalls ohne Frankreich“ (so der italienische Schatzminister *Colombo*).

Dieser „Vierer-Block“ baut Positionen auf, deren Unterbau — juristisch — abgesichert wird mit dem Vertrag über die Westeuropäische Union (WEU), den die sechs EWG-Staaten und Großbritannien unterzeichneten und der — jedenfalls im Prinzip — Aktionen zu sieb ermöglicht.

Der belgische Außenminister *Harmel* stützt sich bei seinem ins Auge gefaßten Vorgehen jenseits der EWG auf den Artikel 8 des zwanzig Jahre alten WEU-Vertrages, der es den Unterzeichnern gestattet, „eine Politik des Friedens zu betreiben, ihre Sicherheit zu stärken, die Einheit zu fördern, die fortschreitende Integration Europas und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und mit den anderen europäischen Organisationen zu ermutigen“. Im Gegensatz zum EWG-Vertrag ist dieser juristische Rahmen nicht auf bestimmte Sektoren beschränkt, er hat weder eine zeitliche Grenze noch trifft er eine Auslese unter den möglichen Partnern. (Allerdings bedürfen Beschlüsse des WEU-Ministerrates über neue Aktionen der Einstimmigkeit, und Frankreich könnte von seinem Veto Gebrauch machen, ähnlich dem, das es gegen die Eröffnung von Verhandlungen über einen britischen EWG-Beitritt einlegte.)

Harmel möchte deswegen „die Dinge nicht zu engherzig, zu abstrakt oder zu juristisch“ sehen, denn die politische Malaise der EWG habe in den letzten Monaten gezeigt, wie fünf Mitglieder ihre Unfähigkeit feststellen mußten, sich verständlich zu machen oder vom sechsten auch nur angehört zu werden. Der „Viererblock“ ist jedenfalls nicht mehr bereit, die innere Stärkung der EWG — auch wenn weiterhin gewünscht — als Alibi oder Ersatz für eine „gemeinsame politische Vision von der Zukunft Europas“ zu akzeptieren und zwar — so Harmel — „im Rahmen der Gemeinschaft oder außerhalb von ihr“. Daß die Amerikaner diese Gedankengänge billigen, schon um sich aus der immer lästiger werdenden direkten Verantwortung für das europäische Geschehen zu lösen, dürfte de Gaulles massives Mißtrauen hervorrufen. Denn diese Position für eine „Front der Vier“, die sich eng an die USA bindet, widerspricht seinem Hegemonialstreben, das eventuell noch eine „präferentielle Kooperation“ zwischen den beiden Großen der Gemeinschaft — Bundesrepublik Deutschland und Frankreich — einbezieht.

Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg sind aber von einer „französisch-deutschen Bilateralität“ — die erste Etappe in der de Gaulle'schen Strategie — bedroht und versuchen daher, der Bonner „Vermittlerrolle“ dadurch entgegenzuwirken, daß sie die Bundesdeutschen davor warnen, von Paris Unterstützung der deutschen Interessen zu erwarten.

Der Versuch *Bonn*, zwischen dem „Viererblock“ und Frankreich zu vermitteln, um einen Weg aus der europäischen Sackgasse zu finden, erwies sich auf der EWG-Außenministerkonferenz vom 27. September 1968 als ein glatter Fehlschlag. Der französische Außenminister *Debre* lehnte die Vorstellungen von Bundesaußenminister *Brandt* ab, die von Italien und den Benelux-Ländern immerhin noch als ein „Minimalprogramm“ akzeptiert und unterstützt wurden. Bonn schlug ein Bündel von Interimsmaßnahmen vor, die die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den vier beitragswilligen Staaten intensivieren und einen späteren Beitritt vorbereiten sollten. Diese Interimslösungen sollten jedoch nicht an Stelle des Beitritts treten, sondern wurden in Hinblick auf den Beitritt entworfen:

1. Um ein Handelsarrangement mit den Bestimmungen des „Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT)“ in Einklang zu bringen, sollten sich alle Beteiligten verpflichten, die den Außenhandel beschränkenden Hemmnisse für den Hauptteil des Handels zu beseitigen.

2. Deswegen gelte es, in einer ersten Phase von drei Jahren die *Zölle* für gewerbliche Produkte um jährlich zehn Prozent zu senken, ausgehend von der Zollhöhe vor der Kennedy-Runde.

3. Bei *Agrarprodukten* sollten Einfuhrerleichterungen im Sinne gegenseitiger Vorzugsbehandlung festgelegt werden.

4. Zwischen den Vereinbarungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der Agrar-erzeugnisse müßte ein angemessenes Verhältnis hergestellt werden.

5. Rechtzeitig vor dem Ende der ersten Phase sollten Beratungen über weitere Schritte aufgenommen werden.

Im Bereich der technologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit sollten nach den Intentionen Brandts die beitragswilligen Länder sowohl zu den Beratungen über bestimmte Projekte als auch zu der Ausarbeitung eines europäischen Paten- und Gesellschaftsrechtes herangezogen werden. Dadurch würden die beitragswilligen Staaten die Gelegenheit erhalten, ihre Interessen und Vorstellungen durch Sachverständige vertreten und interpretieren zu lassen. Sobald man sich über die Fragen der Handelspolitik und der Zusammenarbeit in der Technologie geeinigt habe, könnte eine Konferenz der sechs Außenminister und deren Kollegen aus den beitragswilligen Staaten einberufen werden, um die Ergebnisse der Sachverständigenkommissionen zu billigen und weitere Schritte zu diskutieren.

Auch die Forderungen Brandts nach einem *inneren Ausbau* der EWG — aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Währungs- und Wachstumspolitik, Ausarbeitung einer modernen europäischen Finanzverfassung, Entwicklung einer gemeinsamen Industriepolitik, schrittweise Fortentwicklung der Atomgemeinschaft auch auf Sektoren außerhalb der Kernenergie — fanden wenig Gegenliebe beim französischen Partner. *Debre* machte eindeutig klar, daß die französischen Positionen in ihren wesentlichen Inhalten unverändert sind. Eine Ausweitung der Gemeinschaft würde sie schwächen. Auch dürfte ein handelspolitisches Arrangement, wenn man daran überhaupt denken könne, weder eine Einleitung noch eine Etappe zu einem späteren Eintritt Großbritanniens in die Gemeinschaft sein; deswegen solle man nicht nur mit den beitragswilligen Kandidaten sprechen, sondern mit allen Staaten, die eine solche Vereinbarung wünschten.

Der französische Außenminister nahm auch nicht die versteckte Drohung seines Staatschefs zurück, die in der Bemerkung mündete, wie Frankreich früher ohne die EWG gelebt habe, würde es das gegebenenfalls wieder können. Und diese Drohung dürfte — wie gewohnt — ihre Wirkung auf Bonn nicht verfehlen, der Bundesadler wird unter die Fittiche des gallischen Hahnes schlüpfen, hin und wieder noch einmal ähnliche Leerformeln wie die Rainer Barzels krächzend: „Europa kann nicht ohne Frankreich gebaut werden, und zu Europa gehört England“.

Agrarpolitik am Scheidewege

Noch vor wenigen Monaten feierte man die Geburt der „europäischen Agrarpolitik“, inzwischen aber sieht man in ihr ein Sorgenkind aufwachsen, das gewaltige Unterhaltskosten verschlingt. Zehn Milliarden DM jährlich sind nötig, um ein verwirrendes System von Marktordnungen, Richt- und Interventionspreisen, Beihilfen, Abschöpfungs- und Vernichtungsaktionen, Exportsubventionen, Strukturverbesserungen usw. usw. am Leben zu erhalten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete *Herbert Kriedemann*, Experte für die EWG-Agrarpolitik, nannte die Dinge beim Namen: „Mehr oder weniger kapitulieren die Politik und die Politiker vor den Forderungen der Interessenten, die gegen die Gemeinschaft sind, weil sie in ihr die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtpositionen nicht behalten würden, auf denen ihr Einfluß auf die nationale Politik beruht“. („Soll die EWG an der Agrarpolitik scheitern?“, GM, 9/1968.)

Die Gemeinschaft steht vor der Aufgabe, mit der ständig wachsenden *Überproduktion*, und den daraus resultierenden — unkontrolliert emporschnellenden — Kosten fertig zu werden. Der EWG-Agrarkommissar *Mansholt* hat deswegen ein Programm entwickelt, das heftig umstritten ist. Folgende strukturpolitischen Vorschläge liegen auf dem Tisch der Europäischen Kommission:

1. Allgemeines Ziel einer landwirtschaftlichen Strukturpolitik muß es sein, die Produktivität in der Landwirtschaft derartig zu heben, daß langfristig die landwirtschaftlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen denjenigen der modernen Industriegesellschaft entsprechen.
2. „Wenn man will“, — so *Mansholt* — „daß die landwirtschaftlichen Einkommen in ausreichendem Maße zunehmen, dann werden im Jahre 2000 nur noch drei Prozent der gesamten berufstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sein können.“ Und mit der relativen Abnahme der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte steigt dann auch der Wohlstand der Volkswirtschaften.
3. Wo die Nachfrage zurückgeht oder keine Aussicht besteht, durch rasche Produktivitätssteigerungen die Positionen im verstärkten Wettbewerb mit Substitutionsprodukten und Konkurrenten auf dem Markt zu wahren, ist die Umstellung auf zukunftsreichere Produktionen zu erleichtern.
4. Es soll eine Einkommenspolitik betrieben werden, die zur Sicherung eines regelmäßigen Wachstums beiträgt und die Einkommensverteilung — insbesondere zugunsten der „kleinen“ Landwirte — verbessert.
5. Parallel dazu müßten die Produktionseinheiten vergrößert werden, wozu die Fragen des Kapitalbedarfs und der Kapitalbeschaffung zu lösen wären.

6. An sozialen Maßnahmen sind in Angriff zu nehmen: Umschulung von Landwirten auf andere Berufe; Bereitstellung finanzieller Mittel, um den Übertritt älterer Landwirte in den Ruhestand zu betreiben; Unterstützung der Landwirte in sogenannten schwierigen Gebieten, also solchen, die aus gesamtwirtschaftlichen Gründen unterstützt werden müssen.

Die Kritik an diesem Programm entzündet sich an drei Punkten: ist es finanziell zu verkraften, ist es politisch für die Regierungen tragbar und wird nicht der Landwirtschaft auch in Zukunft eine Sonderstellung in der Volkswirtschaft eingeräumt? Richtig ist zweifellos die Absicht, die landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitskräfte zu reduzieren. Nur müßte den unrentabel wirtschaftenden Bauern durch eine — schrittweise — Senkung der Richt- und Interventionspreise die Notwendigkeit vor Augen geführt werden, ihre Betriebe aufzugeben. Die bäuerlichen Grenzbetriebe würden auch nur unnötig lange am Leben erhalten werden, käme man ihnen mit Beihilfen oder zinsverbilligten Darlehen zu Hilfe, für die von *Mansholt* jährlich acht Milliarden Mark vorgesehen sind.

Heftig umstritten ist die Behauptung von Bundeslandwirtschaftsminister *Höcherl* und den deutschen Bauernverbänden, daß eine Senkung der Richt- und Interventionspreise die Landwirte zu einer Ausweitung statt zu einer Reduzierung der Produktion veranlassen würde. Bisher hat sich das Gegenteil als richtig erwiesen: die überhöhten Richt- und Interventionspreise haben nicht nur zehn Milliarden Mark im Jahr aus dem gemeinsamen Agrarfonds verschlungen, sondern auch die Überproduktion besonders von Milch, Butter, Zucker, Getreide und Obst angeheizt, die dann zu Vernichtungsaktionen dieser Produkte führte. Das Marktgleichgewicht kann nicht länger auf Kosten des Steuerzahlers hergestellt werden, sondern muß von der Landwirtschaft selbst gewollt und angestrebt werden, sonst bleibt die „Gemeinsame Agrarpolitik“ weiter ein fauler Kompromiß, der nichts anderes darstellt, als die Fortführung der alten, nationalen Agrarpolitiken auf einer „höheren“, aber nicht besseren Ebene: ein großeuropäisches Bauernkartell.

Anteil der Landwirtschaft rückläufig

Der Beitrag, den die Landwirtschaft zum Bruttosozialprodukt industrieorientierter Staaten leistet, verringert sich ständig. Das gilt nicht nur für die deutsche Landwirtschaft, sondern auch für den Agrarsektor der übrigen EWG-Partner. Nach den jüngsten Berechnungen des Europäischen Statistischen Amtes über die landwirtschaftliche Gesamtrechnung verringerte sich der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen am stärksten in der Bundesrepu-

blik: von 6,3 vH im Jahre 1958 auf nur noch 3,8 vH im Jahre 1966. In den beiden großen Agrarländern der Gemeinschaft — Frankreich und Italien — sank der landwirtschaftliche Beitrag von 10,4 auf 7,3 vH bzw. von 15,9 auf 10,5 vH. Und auch in der hochrationellen niederländischen Landwirtschaft verringerte sich der Beitrag von 8,8 auf 6,5 vH. In Belgien sank der Beitrag von 6,3 auf 4,8 vH und in Luxemburg — wo nur der Zeitraum von 1960 bis 1964 zur Verfügung stand und die Berechnung auf Faktorkosten beruht — von 7,2 auf 6,1 vH.

Das schlägt sich auch in einem zahlenmäßigen Rückgang der in der Landwirtschaft Tätigen nieder; während im Jahre 1965 noch rund 12 Millionen im Agrarsektor arbeiteten, dürften im Jahre 1970 nur noch 10 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft haben.

Breiter Konjunkturaufschwung

Die Produktionsaussichten der *Industrie* des Gemeinsamen Marktes haben sich weiter verbessert. Der Auftragseingang und der Auftragsbestand sowohl aus der Binnen- als auch aus der Auslandsnachfrage stiegen kräftig, so daß die Produktion auch in den kommenden Monaten erheblich expandieren dürfte. Ein schnelles Wachstum hat besonders die *Bundesrepublik* zu verzeichnen. Zwar gingen die Impulse in der BRD zum großen Teil von der Investitionsgüterindustrie aus, jedoch zeigt es sich, daß nun auch die Vorprodukte und die Verbrauchsgüter nachziehen, zumal die Fertigwarenlager , abgebaut werden konnten. Die Produktionskapazitäten sind weitgehend ausgelastet.

In *Italien* und *Belgien* steht das Konjunkturbarometer ebenfalls auf Schönwetter und auch *Frankreich* beginnt, sich von den Rückschlägen zu erholen, die im Frühjahr und Sommer als Folge der gaullistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und den daraus entspringenden Streiks und Unruhen eingetreten waren. Besonders günstig ist die Situation auf dem Automobil- und dem elektrotechnischen Investitionsgüter-Sektor, im Maschinenbau, in der Feinmechanik und in der optische Geräte produzierenden Industrie.

Zu Preissenkungen kam es im wesentlichen nur bei Nichteisenmetallen und bei elektrotechnischen Konsumgütern. Auf vielen anderen Sektoren — nicht nur in Frankreich — kam es dagegen zu mehr oder weniger erheblichen Preissteigerungen, sowohl für Investitions- als auch für Verbrauchsgüter: die übliche Methode der Unternehmer, ihre Erträge durch steigende Preise zu verbessern, obwohl — und das gilt besonders für die Bundesrepublik — die beginnende Mengenkonjunktur sinkende Preise zuließe.

Dieter Kuhr